

Helmut Wiesenthal
21.09.2006

Der Niedergang der (deutschen) Sozialdemokratie

Vortrag in der Grünen Akademie, AG „What's Left – What's Right“

(nach Vortrag und Diskussion ergänzte Fassung)

Vorbemerkung

Die folgenden Bemerkungen zum historischen Niedergang der Sozialdemokratie (SD) beschreiben eine langfristige Tendenz. Sie wird nicht durch gelegentliche Wahlerfolge der SPD oder anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa widerlegt. Diese Tendenz wird allem Anschein nach erhebliche Auswirkungen auf die Struktur der Parteiensysteme haben, wie ja auch das Auftreten sozialdemokratischer Parteien im 19. Jahrhundert eine entscheidende strukturierende Wirkung auf die verschiedenen nationalen Parteiensysteme hatte. Die beschriebene Tendenz betrifft nicht nur die Sozialdemokratie, sondern im Prinzip jede sog. Massenintegrations- bzw. Volkspartei. Ihre konkreten Ausprägungen sind jedoch jeweils andere. Hier werden sie ausschließlich in Bezug auf die SD beschrieben.

Die zu diskutierende Tendenz wird durch die Entwicklung der Wählerstimmenanteile bestätigt. Die hier zur Sprache kommenden Ursachen sind jedoch anderer Natur als die in den aktuellen Wahlanalysen erwähnten Ursachen. Letztere berufen sich i.d.R. – und gewiss nicht zu unrecht – auf den Einfluss von Personen und strategischen Entscheidungen. Hier geht es ausschließlich um die strukturellen Bedingungen, innerhalb derer Personen handeln und entscheiden. Da Wahlergebnisse gleichermaßen von Strukturbedingungen und Entscheidungen abhängen, ist klar, dass erstere nie in reiner Form beobachtbar, ja sogar durch „kluge“ Entscheidungen zumindest teilweise „überspielt“ bzw. abgeschwächt werden können.

Einige Teile der vorgetragenen Argumente dürften den Anwesenden seit längerem bekannt sein. Deshalb zielt der Vortrag in erster Linie darauf, ein Gesamtbild zu zeichnen und logische Schlussfolgerungen zu ziehen, die über das hinausgehen, was die Beobachtung einzelner Phänomene nahelegt. Das angestrebte Gesamtbild beschreibt einen Rahmen, den die Grünen bei der Diskussion ihrer Strategieoptionen in Rechnungen stellen können.

Die Argumente stützen sich auf eine breite Quellenbasis, insbesondere von politikwissenschaftlichen und politökonomischen Arbeiten. Besondere Erwähnung verdienen die Autoren Herbert Kitschelt, Wolfgang Merkel, Fritz W. Scharpf und Richard Stöss.

Was verstehen wir unter „Sozialdemokratie“?

Sozialdemokratische Parteien definierten sich traditionell über universale Wertorientierungen und ein **Programm von anspruchsvollen Sozialreformen**. Dieses ist insbesondere durch vier Säulen markiert:

- > stetige Wohlstandsgewinne für Arbeitnehmer,
- > soziale Sicherheit (Lohnersatz- und Transfereinkommen),
- > Vollbeschäftigung (auch durch expansiven Öffentlichen Dienst) und
- > speziell in Deutschland: kollektive Partizipationsrechte der Arbeitnehmer (Mitbestimmung).

Das Argument

Ogbleich sich die SD diesen Zielen immer noch verpflichtet sieht, ist ihre Realisierung in den letzten drei Jahrzehnten nahezu unmöglich geworden. Warum?

Fünf markante Veränderungen sind hervorzuheben:

(1) Seit Ende der 1970er Jahre mussten SD-Regierungen den **Verlust der nationalen Zinssouveränität** hinnehmen (autonome Zentralbanken, Internationalisierung der Finanzmärkte). Gleichzeitig erlebten sie, dass staatliche Konjunkturpolitik (Steigerung von Wachstum und Beschäftigung) durch die gewerkschaftliche Lohnpolitik (hohe Lohnforderungen) konterkariert wird.

(2) Die **Integration der Produktmärkte** (EU-Binnenmarkt) entwertete eine traditionelle Industriepolitik zugunsten der inländischen Unternehmen. Protektionismus ist nur mehr auf EU-Ebene möglich.

(3) Der **beschleunigte Strukturwandel** (technologische Dynamik, Globalisierung) führt zu tendenzieller Deindustrialisierung, d.h. einem rückläufigen Anteil der Industriearbeiterschaft an der Beschäftigung und Zunahme von Angestellten-, DL- und "prekären" Jobs. Arbeitsplätze mit geringem Qualifikationsanspruch wandern ab, unqualifizierte Arbeitnehmer (mit relativ hohem Anspruchslohn) werden arbeitslos. Das ist gleichzeitig das Ende der solidarischen, überbetrieblichen Lohnpolitik.

(4) Europäische **Währungsunion und Stabilitätspakt, hohe Kapitalmobilität und zwischenstaatlicher Steuerwettbewerb** haben die nationalen finanzpolitischen Instrumente der Beschäftigungsförderung entwertet. Auch einer SD-Regierung bleiben nur die Stellgrößen „Senkung der Sozialausgaben“, „Arbeitsrechtsreform“, „generelle Haushaltskürzungen“.

(5) Die **Klientelbeziehungen der SD** zur schrumpfenden Industriearbeiterschaft, den Sozialeinkommensbeziehern und Beschäftigten im öffentlichen Dienst **blockieren notwendige institutionelle Modernisierung**: Die einst *konjunkturelle Wachstums- und Beschäftigungsproblematik wird zur strukturellen*, d.h. niedrige Wachstumsraten, hohe Arbeitslosigkeit und große Haushaltsdefizite als Dauerproblem.

Konsequenzen

Aus dem so beschriebenen Sachverhalt ergeben sich bestimmte und längst beobachtbare Folgen für die SPD und das ganze Parteiensystem. Sie lassen sich in 5 Punkten resümieren:

(I) Die **Fragmentierung des Wählerpotentials** in Gruppen mit sehr unterschiedlichen (teilweise entgegen gesetzten) Interessen:

> Zum einen die Beschäftigten in modernen Wettbewerbssektoren (Zukunftsindustrien, IuK, Chemie, Finanz- und Business-DL). Sie unterstützen bzw. tolerieren Reformen zur institutionellen Modernisierung und stehen einer Gewichtsverlagerung von der Sozial- zur Bildungspolitik offen gegenüber.
> Zum anderen die Beschäftigten in traditionellen Sektoren, die schrumpfen bzw. starker internationaler Konkurrenz unterliegen, dazu die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst sowie die von staatlichen Budgets (bzw. Entscheidungen) abhängigen Renten- und Sozialeinkommensbezieher. Sie verlangen nachdrücklich Besitzstandssicherung und die Beibehaltung der traditionellen politischen Prioritäten, d.h. Reformverzicht.

(II) **SD-Regierungen können kein eigenes vorteilhaftes Profil mehr ausbilden**: Sie müssen *no lens volens* dieselben Strukturreformen durchführen wie ihre

konservativen und liberalen Konkurrenten. SD-Politik kann der eigenen Klientel folglich nur noch symbolisch Tribut zollen. Weil die faktische Politik gegen manifeste Interessen verstösst, verliert die einst mit einem „sozialen“ und „solidarischen“ Werteprofil auftretende SD an Ansehen und politischer Unterstützung.

(III) Unter dem Druck, ein von den Konkurrenten unterscheidbares Profil anzubieten, bleiben nur die Optionen:

- > **Ausweichen in verschärfte politische Rhetorik,**
- > **Überzeichnung der bestehenden Differenzen** und
- > **Fetischisierung der präferierten Politikinstrumente** (z.B. Bürgerversicherung, Mindestlohn).

Wahlerfolge werden nahezu ausschließlich vom Charisma und den populistischen Strategien der Parteiführer abhängig.

(IV) **Wachsender Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien** infolge unehrlicher Wahlversprechungen und krassem Widerspruch zwischen Ankündigungen und realer Politik (ein prägnantes Beispiel sind die Reaktionen der Bevölkerung auf die Selbstkritik der ungarischen Sozialdemokratie – im September 2006), hohe Wählerfluktuation, volatile Wählerpräferenzen, starke Anreiz zum Protestwahlverhalten, Dekonzentration des Parteiensystems ("Volksparteien" zeigen sich schon mit nur 30 % Stimmenanteil „zufrieden“).

Zwei Randbemerkungen:

Die SPD hat zur Zeit erkennbar nur noch dort eine Chance auf Regierungsbildung, wo sie als Problemverwalter wirken soll, weil ihre Rhetorik angesichts der schlechten wirtschaftlichen Situation einen Hoffnungsschimmer abzugeben scheint. Das gilt für die finanziell schwachen Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern. Einzige Ausnahme: Rheinland-Pfalz.

Die unter diesen Umständen von der SPD entwickelten Programmatiken und Politikziele dienen in erster Linie der Befriedung oder Verschleierung interner Differenzen. Sie sind nicht oder nur wenig an den veränderten Realitäten ausgerichtet und verdienen höchste Skepsis, wenn sie als Mittel der gesellschaftlichen Problembearbeitung ausgegeben werden.

(V) Aus dieser Situation resultiert eine attraktive **Profiloption für kleinere Parteien**. Diese vermögen es, sich mittels des uneinlösbar gewordenen Traditionsprogramms der SD ein „soziales“ Profil zu verschaffen. Was Regierungsparteien aus objektiven Gründen nicht (mehr) leisten können, machen sich linke und rechte Extreme zu ihrem neuen Markenzeichen: rein nationale Politikziele, Protektionismus, Antiglobalisierung, sozialpolitische Nostalgie usw.

(VI) **Alternative**

Ein Ausweg aus dieser Situation ist nur durch die **Neubestimmung von Staatsfunktionen und -aufgaben** möglich.

Dabei geht es in erster Linie um den Ausbruch aus der „Falle der kontinentaleuropäischen Sozialstaaten“. Deren Institutionensystem beruht auf mehreren dysfunktional gewordenen Instrumenten und Prinzipien:

- > beitragsbezogenen und Lohnkosten steigernden Sozialleistungen,
- > unterentwickelten care und service Leistungen,
- > niedriger weiblicher Erwerbsbeteiligung und
- > die Angewiesenheit auf ein Familienmodell, das dem kulturellen Wandel widerspricht

> bei immer noch breiter Akzeptanz der mobilitätshemmenden Statussicherungen im Arbeits- und Sozialrecht sowie dem Bildungssystem.